

Auf ein Wort Frau Ministerin...

Wir begrüßen Sie im Namen der gewerkschaftlichen Mitarbeiter von ver.di und GEW an der Universität Kassel. Dass Sie als Ministerin aus Kassel unsere Universität besuchen, freut uns. Wir erwarten Ihre Bereitschaft und die Bereitschaft der Landesregierung, die Forderungen unserer Kolleginnen und Kollegen in den politischen Entscheidungsprozessen zu berücksichtigen.

Unsere wichtigsten Anliegen in Kürze:

1. Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden

Wir leisten die gleiche Arbeit wie die Beschäftigten der anderen Bundesländer, werden aber schlechter dafür bezahlt. Wir müssen mit weniger Einkommen und längeren Arbeitszeiten dafür bezahlen, dass die hessische Landesregierung einen tarifpolitischen Sonderweg verfolgt.

Wir fordern die tarifliche Gleichstellung mit den Beschäftigten der anderen Bundesländer, d.h. den Wiedereintritt Hessens in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder

2. Wachsende Aufgaben erfordern mehr Personal

Steigende Studierendenzahlen, doppelte Abiturjahrgänge, wachsende Aufgaben in der Lehre, neue Entwicklungsanforderungen in der Forschung erfordern mehr Personal. Wir brauchen mehr Dauerstellen für Daueraufgaben in den Bereichen der Verwaltung, der Fachbereiche und der betriebstechnischen Infrastruktur.

Es ist gut, dass endlich die bauliche Erweiterung der Universität Kassel – "Campus Nord" – voran schreitet. Neue Hörsäle sollen der guten Lehre dienen – und die ist ohne zusätzliche Lehrende nicht möglich.

3. Dauerhafter Verzicht auf Studiengebühren

In unserer Universität gibt es einen breiten Konsens vom AStA über den Senat bis zum Präsidium, dass Studiengebühren der weiteren Entfaltung der Universität in Forschung und Lehre im Wege stehen.

Wissenschaftliche Bildung gilt heute als der Rohstoff für die Zukunft und muss daher in öffentlicher Verantwortung stehen. Deshalb fordern wir ausreichende Steuermittel und den dauerhaften Verzicht auf Studiengebühren auch über diese Legislaturperiode hinaus.

4. Stärkung der Mitbestimmungsrechte aller Personengruppen

Die letzten HHG-Novellierungen proklamierten wachsende Autonomie der Hochschulen bei gleichzeitigem Abbau der Mitbestimmungsrechte. Auch im HPVG wurden Einschränkungen vorgenommen. Freie Wissenschaft erfordert freies Denken und Partizipation an den Entscheidungsprozessen.

Um mit Ihnen in einen ausführlicheren Dialog zu treten, würden wir es begrüßen, wenn Sie als Kasseler Abgeordnete mit uns einen Gesprächstermin vereinbaren könnten.

ver.di
Betriebsgruppe Universität Kassel
(Dr. Herbert Glasauer, Lennart König)

GEW-Regionalverband
Hochschule und Forschung Kassel
(Dr. Ralf Schaper)

